

Forschungspapier für Track #3 - Fokus: Wie kann garantiert werden, dass öffentliches Eigentum im öffentlichen Interesse eingesetzt wird?

Laura Platzer - laura.platzer3@gmail.com

Der Einfluss asymmetrischer ökonomischer Ressourcenverteilung auf konsolidierte Demokratien

Ein theoriegeleiteter Überblick über aktuelle Forschungsergebnisse

Zusammenfassung:

In diesem Forschungspapier wird die wissenschaftliche Literatur zum Einfluss einer asymmetrischen Verteilung ökonomischer Ressourcen auf die Stabilität konsolidierter Demokratien beleuchtet. Zur Strukturierung der Forschungsergebnisse wird das Konsolidierungsmodell nach Merkel (2010) herangezogen, welches zwischen institutioneller, repräsentativer, verhaltensbezogener und bürgergesellschaftlicher Ebene unterscheidet. Die Analyse zeigt, dass die empirischen Studien zwar kein einheitliches Bild ergeben, insgesamt jedoch auf ein dekonsolidierendes Potenzial hinweisen. Dies wird besonders deutlich in Bezug auf die ungleiche politische Repräsentation verschiedener Einkommensgruppen, eine sinkende Wahlbeteiligung einkommensschwacher Bevölkerungsteile sowie abnehmendes Vertrauen. Auf institutioneller und verhaltensbezogener Ebene sind die empirischen Belege hingegen weniger eindeutig, deuten aber ebenfalls auf eine mögliche Schwächung demokratischer Mechanismen hin.

Einleitung

Relevanz und Grenzen der Forschungspapiere

Gegenwärtig werden in den bisher als stabil und konsolidiert geltenden Demokratien (Europa, USA) aus demokratietheoretischer Perspektive besorgniserregende Entwicklungen beobachtet: In Europa ist ein deutlicher Anstieg der Unterstützung antidemokratischer Parteien zu verzeichnen (Kehrberg 2015: 569, *siehe auch*: Vrakopoulos 2021, Azedi 2025). In den USA steht die demokratische Zukunft derzeit mehr denn je in Frage (Merkel/Lüders 2020: 96, Bennett/Livingston 2025: 2). In gesellschaftlichen Diskursen und in der Fachliteratur werden zahlreiche mögliche Ursachen für diese Entwicklungen diskutiert. Es ist davon auszugehen, dass es nicht "die eine Ursache" für diese Entwicklungen gibt, sondern dass eine Reihe von Faktoren und ihr Zusammenspiel ursächlich für die beobachtbaren Tendenzen sind.

Der vorliegende Text verfolgt das Ziel, zu unserem Verständnis der aktuellen Entwicklungen beizutragen, indem er sich auf eine der in der Fachliteratur diskutierten Ursachen konzentriert und versucht, den Stand der Forschung zu strukturieren. Im Fokus steht der Einfluss der asymmetrischen Verteilung ökonomischer Ressourcen auf die Demokratie. Dieser wird seit geraumer Zeit diskutiert, es besteht jedoch kein Konsens in der Fachliteratur (Bagchi/Fagerstrom, 2023: 89, 132; Lindqvist et al., 2025: 2095). Der vorliegende Text geht der Frage nach, was wir über die Auswirkung einer asymmetrischen Verteilung

ökonomischer Ressourcen in einer Gesellschaft auf die Stabilität und Qualität einer konsolidierten Demokratie wissen.

Sowohl der Umstand, dass eine Reihe an Studien durchaus auf einen negativen Einfluss auf die Demokratie hindeuten, als auch die wachsende ökonomische Ungleichheit in konsolidierten Demokratien stellen eine ausreichende Begründung dar, um das Thema näher zu betrachten (Han 2025: 1103; Weltbank). Das Ziel des vorliegenden Textes besteht dabei primär darin, einen theoretisch angeleiteten und strukturierten Überblick über den Forschungsstand zu geben und zu ermitteln, welche Annahmen als eher bestätigt gelten können und welche sich in den empirischen Studien nicht belegen lassen.

Der Überblick der aktuellen Forschungsergebnisse wird im Folgenden entlang der Ebenen des Konsolidierungsmodells nach Merkel (2010) strukturiert. Das Modell ermöglicht es auch, die Studien einzubeziehen, welche sich nicht mit dem demokratischen System in seiner Gesamtheit, sondern mit einzelnen Ebenen wie beispielsweise der Bürgergesellschaft oder dem Parteiensystem beschäftigen. Das Vorgehen soll einen differenzierteren Blick darauf ermöglichen, welche Aspekte des demokratischen Systems potentiell durch eine asymmetrische Ressourcenverteilung beeinflusst werden.

Im Fokus steht dabei die Frage, welche Fragestellungen in dem Forschungsfeld untersucht und welche Hypothesen tendenziell bestätigt werden. Der vorliegende Text erhebt nicht den Anspruch, die in den angeführten Studien gewählten Methoden und Theorien kritisch zu überprüfen oder die Studien miteinander zu vergleichen. Die genannten Studien nutzen unterschiedliche Perspektiven, Fragestellungen, Konzepte, Daten und Ansätze. Ihre Gemeinsamkeit liegt lediglich in der Untersuchung des Einflusses, den eine (nach den jeweiligen Konzepten gemessene) asymmetrische ökonomische Ressourcenverteilung auf den jeweiligen Bereich der Demokratie hat. Der folgende Text ist dementsprechend lediglich als strukturierter Überblick über die Forschung zu verstehen. Nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Ressourcen kann kein tieferer Einblick oder Vergleich der in der Forschung genutzten Konzepte und Methoden gegeben werden.

Im Folgenden wird als erstes die theoretische Grundlage des Konsolidierungsmodells und der erwartete theoretische Wirkmechanismus vorgestellt. Anschließend wird das methodische Vorgehen in Bezug auf die Auswahl der einbezogenen Studien ausgeführt. Im Hauptteil des Textes wird die zentrale These zum Einfluss der asymmetrischen ökonomischen Ressourcenverteilung ausgeführt und anschließend wird eine Reihe von Studien entlang der Konsolidierungsebenen vorgestellt.

Abschließend werden die aufgeführten Studien kurz zusammengefasst und potentiell spannende Fragen für künftige Forschung angeschnitten.

Theoretische Grundlagen

Demokratieverständnis und Wirkmechanismen

Der vorliegende Text greift zur Strukturierung der Studien zum Einflusses asymmetrischer ökonomischer Ressourcenverteilung auf die Demokratie auf das Mehrebenenmodell der

und Scharpf). Angenommen wird, dass Akteure rationale Strategien zur Verfolgung ihrer Interessen wählen, dabei aber maßgeblich von (vor-)institutionellen Faktoren beeinflusst werden (Scharpf 2000: 78, 86, 91, Merkel et al. 2003.: 199).

Diese theoretische Grundstruktur des Textes soll eine strukturierte Untersuchung der Fachliteratur zum Einfluss asymmetrischer ökonomischer Ressourcenverteilung auf die Demokratie ermöglichen.

Nachdem im Folgenden das methodische Vorgehen vorgestellt wird, werden im Hauptteil des Textes die zentralen Annahmen der Vertreter*innen, welche von einem negativen Einfluss einer asymmetrischen Ressourcenverteilung auf die Demokratie ausgehen, ausgeführt (*siehe*: Han 2025; Schäfer/Schwander 2019; Rueschemeyer et al. 1992). Anschließend werden aktuelle Ergebnisse aus der Fachliteratur vorgestellt und den jeweiligen Ebenen der konsolidierten Demokratie zugeordnet.

Methodisches Vorgehen

Wie ausgeführt strukturiert der vorliegende Text den Literaturüberblick entlang der vier Ebenen des Konsolidierungsmodells. Dazu wurden für jede Ebene zentrale Konzepte und so entsprechende Schlagwörter identifiziert, nach denen anschließend über den SSCI (Social Science Citation Index) Fachartikel gesucht wurden, welche sich mit dem Einfluss asymmetrischer ökonomischer Ressourcenverteilung auseinandersetzen. Zusätzlich wurden Studien einbezogen, die die mit der ausgeführten Methode identifizierten Studien zitieren.

Aufgrund begrenzter Ressourcen konnte nur eine limitierte Zahl an Fachartikeln in die Analyse einbezogen werden und es besteht in keiner Weise der Anspruch auf Vollständigkeit. Um dem Forschungspapier trotz der begrenzten Ressourcen wissenschaftliche Validität zu verleihen, wurde ein besonderer Fokus auf die Suche nach potentiell widersprüchlichen Studien gelegt.

Wie in der Einleitung bereits ausgeführt, konnte aufgrund des begrenzten Umfangs nicht tiefer auf die unterschiedlichen Konzepte und Datengrundlagen eingegangen werden. Es wurde eine Bandbreite an Studien einbezogen, welche den Einfluss unterschiedlicher ökonomischer Verteilungen (Einkommens-, Vermögensungleichheit, Konzentration von Reichtum und ökonomischer Macht) betrachten und diesen auch jeweils unterschiedlich messen. Dementsprechend ist wichtig zu betonen, dass die einbezogenen Studien nicht untereinander verglichen werden können und auch nicht davon gesprochen werden kann, dass sich die Studien gegenseitig widerlegen, da sie teilweise unterschiedliche Aspekte fokussieren.

Wie ausgeführt ist das Ziel des Textes, einen Überblick darüber zu geben, wie viel wir über den Einfluss asymmetrischer ökonomischer Ressourcenverteilung wissen. Dabei soll auch untersucht werden, auf welcher Ebene der Einfluss besser und auf welcher er weniger gut erforscht und belegt ist.

Im Folgenden wird zuerst das grundlegende Argument hinter dem erwarteten negativen Einfluss einer asymmetrischen ökonomischen Ressourcenverteilung auf die Demokratie

vorgestellt und anschließend die Ebenen und die jeweiligen einbezogenen Studien.

Der Einfluss asymmetrischer Ressourcenverteilung

Zentrale theoretische Thesen und Überblick über empirische Studien

Im Zentrum der Debatte um den Einfluss asymmetrischer ökonomischer Ressourcenverteilung stehen zentrale Argumente, die ursprünglich aus den Theorien zur Demokratisierung stammen. Nachdem der Grad der ökonomischen Entwicklung seit langem als ein zentraler Einflussfaktor auf die Entstehung und Entwicklung einer Demokratie galt, verschob sich mit der Zeit in Teilen der Fachliteratur der Fokus vom generellen Entwicklungsstand einer Gesellschaft hin zur Verteilung der Ressourcen innerhalb dieser (Rueschemeyer et al. 1992: 1; Merkel et al. 2003: 244; Vanhanen 1989: 96).

Vertreter der entsprechenden Theorien verstehen Politik in erster Linie als Frage der Macht und den Demokratisierungsprozess als eine Steigerung der politischen Gleichheit (Rueschemeyer et al. 1992: 5). Erwartet wird, dass eine ungleiche Ressourcenverteilung und die Dominanz einer Klasse mit diesen Prozessen sowie der Demokratie in einem Spannungsverhältnis stehen und eher einen Autokratie fördernden Einfluss haben (Vanhanen 1989: 101; Rueschemeyer 1992: 41, 60).

Es wird also erwartet, dass die Entwicklung in Demokratien, in denen eine Klasse sozioökonomisch dominant ist und soziale und ökonomische Ressourcen asymmetrisch verteilt sind, über vier Mechanismen zu einer Entdemokratisierung führt: Erstens verfügen Reiche in entsprechenden Systemen über vergleichsweise viel mehr Ressourcen um ihre Interessen zu verfolgen; zweitens vergrößert sich die Kluft zwischen den Interessen der unterschiedlichen Einkommens- und Vermögenschichten; drittens verringert sich die politische Beteiligung und viertens sinkt in entsprechenden Systemen die Unterstützung für die Demokratie (Houl 2018: 1502; Rueschemeyer 1992: 60, 271, 276; Vanhanen 1989: 101; siehe auch: Jong-sung/ Khagram 2025).

Den theoretischen Annahmen nach wird also erwartet, dass eine asymmetrische Ressourcenverteilung über diese vier Mechanismen einen Einfluss auf die Akteure ausübt, welcher diese zu einem Handeln/Entscheiden bewegt, das sich schlussendlich negativ auf die Demokratie auswirkt (Rueschemeyer et al. 1992: 57; 61; *siehe auch*: Gilens 2005; Jong-sung/Khagram 2005).

Im Mehrebenenmodell sind die individuellen, kollektiven und kooperativen Akteure auf den Ebenen zwei bis vier angesiedelt. Bevor diese im Detail beleuchtet werden, soll kurz auf die erste Ebene hingewiesen und Studien, welche sich mit der Demokratie(-qualität) im Ganzen auseinandersetzen, vorgestellt werden.

Die erste Ebene: Institutionen

Die erste Ebene, die konstitutionelle Konsolidierung, bezieht sich auf die Verfassungsinstitutionen (Merkel, 2010: 112). Ein Einfluss der asymmetrischen Ressourcenverteilung auf die Verfassungsinstitutionen ist in der Untersuchung sehr

voraussetzungsvoll, da dieser über mehrere Mechanismen verläuft und ein direkter Zusammenhang daher schwer aufzuzeigen ist.

Bei der Recherche über SSCI konnten unter den Schlagwörtern „demokratische Institutionen“, „Verfassungsinstitutionen“ und „Stabilität der Demokratie“ nur wenige Artikel gefunden werden, die sich mit der hier untersuchten Frage beschäftigen. Eine nennenswerte Ausnahme stellt die Studie von Han (2025) dar. Da sich diese jedoch klar auf die subjektive Klassenwahrnehmung bezieht, wurde entschieden, die Studie im Hinblick auf die vierte Ebene der Bürgergesellschaft zu berücksichtigen und an dieser Stelle, statt auf Studien zur ersten Ebene, auf Studien einzugehen, die sich mit dem Einfluss der Ressourcenverteilung auf die Demokratie anhand von Indizes befassen. Die entsprechenden Studien beziehen nicht nur konsolidierte Demokratien in die Analysen ein.

Muller (1995) und **Rau und Stocker (2025)** kommen in groß angelegten Studien jeweils zu dem Ergebnis, dass steigende Einkommensungleichheit beziehungsweise, im Fall von Rau und Stocker, Einkommens- und Vermögensungleichheit einen negativen Effekt auf die Demokratie hat (Muller 1995: 980; Rau/Stocker 2025: 6). Diese Ergebnisse werden weiter gestützt durch eine Studie von **Houle (2024)**, der in einem Vergleich von 102 Ländern zu dem Schluss kommt, dass ökonomische Ungleichheit autokratische Tendenzen fördert und so die Stabilität der Demokratie bedroht (ebd.: 104). In einer Studie von 2009 kommt **Houle** außerdem zu dem Ergebnis, dass Demokratien mit ausgeglichener Ressourcenverteilung relativ immun gegenüber Zusammenbrüchen sind (ebd.: 615).

Demgegenüber kommen **Bagchi und Fagerstorm (2022)** in ihrer Studie über den Einfluss des Vermögens von Milliardären (1987-2012) auf die Werte von Demokratien anhand des Polity Index sowie der V-Dem (Varieties of Democracy) Indices zu dem Ergebnis, dass die Vermögensungleichheit keinen Einfluss auf die Qualität einer Demokratie hat (ebd.: 132).

Die zweite Ebene: Repräsentation

Die repräsentative Konsolidierung betrifft die politische Partizipation und umfasst die territoriale und funktionale Interessenvertretung (Parteien und Interessenverbände) (Merkel 2010.: 112).

Parteien sind zentrale Akteure demokratischer Politik, sowohl in konsolidierten Demokratien als auch in Transitionen zu oder von Demokratie (Kraus 1999: 30; Mainwaring 2018: 2; 3). Funktionierende Parteiensysteme sind der zentrale Mechanismus der Rekrutierung politischer Eliten, sie organisieren die Gesetzgebung und dienen den Wähler*innen als relevante Informationsquelle (ebd.: 71).

In Hinblick auf die repräsentative Ebene konzentriert sich der vorliegende Text in erster Linie auf die Parteiensysteme, da die Literatur diesbezüglich deutlich reichhaltiger ist als in Bezug auf Interessenverbände.

Die Schlagwörter/Konzepte, nach denen in Bezug auf die Parteien gesucht wurde, waren: „Repräsentation“ und „Responsivität“, da dies die zentralen Aufgaben und Funktionen der Parteien in Demokratien sind (Merkel 2010: 112; Mainwaring 2018: 2; 3). „Polarisierung“, da eine starke Polarisierung gemeinhin als negativ für die Konsolidierung der repräsentativen

Ebene gilt (Merkel et al. 2003: 281, Merkel 2010: 119), sowie “Populismus” und “rechte Parteien”, da sowohl Populismus als auch die Programme rechter Parteien häufig zumindest antidemokratische Tendenzen beinhalten, was langfristig negative Konsequenzen für demokratische Systeme haben kann (ebd.: 120).

Der Zusammenhang zwischen der zweiten Ebene (Repräsentation) und der vierten Ebene (Bürgergesellschaft) ist sehr eng. Eine Polarisierung des Parteiensystems bedeutet beispielsweise unweigerlich auch eine Polarisierung der Bürgergesellschaft. Im vorliegenden Text wurde entschieden, die primär im Kontext von Parteiensystemen behandelten Themen wie Polarisierung im Hinblick auf die zweite Ebene zu thematisieren und sich im Hinblick auf die vierte Ebene auf Studien zu konzentrieren, die sich mit den Einstellungen der Bürger*innen auseinandersetzen (Merkel 2010: 119-120, Mainwaring 2018: 3).

Zu den Schlagwörtern “**Repräsentation**” und “**Responsivität**” sollen an dieser Stelle drei Studien genannt werden, wobei sich zwei auf die USA und eine auf Europa konzentrieren:

Gilens (2005) untersucht in seiner viel zitierten Studie den Zusammenhang zwischen einer asymmetrischen Ressourcenverteilung und demokratischer Responsivität in den USA (ebd.). Er zeigt auf, dass, wenn die Präferenzen unterschiedlicher Einkommensschichten variieren, die politischen Ergebnisse meist mit den Präferenzen der wohlhabenden Bevölkerung übereinstimmen (ebd.: 778). Gilens weist weiters darauf hin, dass die weitverbreitete Annahme amerikanischer Bürger*innen, dass die Eliten sich nicht für ihre Belange interessieren, durch ihre Ergebnisse bestätigt werde (ebd.: 794).

Wright und Rigby (2020) greifen die These auf, dass die Interessen der wohlhabenden Bevölkerungsteile in der Politik stärker berücksichtigt werden. Sie kombinieren Daten der öffentlichen Präferenz und die Positionen der Parteien und kommen zu dem Ergebnis, dass die jeweiligen Parteien unterschiedliche Interessen, jedoch tendenziell diejenigen “ihrer” Eliten vertreten (ebd.: 409).

Lindqvist et al. (2025) beschäftigen sich mit dem Phänomen, dass viele Studien zu dem Ergebnis kommen, dass die Interessen der wohlhabenden Wähler*innen öfter Gehör finden/umgesetzt werden (ebd.: 2095). Sie interessieren sich für die dahinter liegenden Muster und untersuchen diese anhand eines Datensatzes von 32 europäischen Ländern und 197 Wahlen (ebd.: 2094). Sie kommen zu dem Schluss, dass Wähler*innen mit höherem Einkommen eher wählen und auch eher Parteien wählen, die ihre Interessen vertreten (ebd.: 2100). Dieser Mechanismus kann jedoch die beobachtete Ungleichheit zwischen Meinungen und Politik nicht erklären: “*Dieses Ergebnis hat wichtige Auswirkungen auf unser Verständnis von (ungleicher) politischer Vertretung und Wahlverantwortlichkeit.*” (ebd.: 2093).

Alle drei Studien deuten darauf hin, dass die Interessen der wohlhabenderen Teile der Bevölkerung stärker berücksichtigt werden und diese somit besser repräsentiert sind.

Die Studien, welche sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sich eine asymmetrische ökonomische Ressourcenverteilung auf die **Polarisierung** auswirkt, kommen zu deutlich gemischten Ergebnissen. Es scheint, dass die Auswirkungen der Ressourcenverteilung stark von der Strukturierung der Parteizugehörigkeit und der Relevanz des Themas bei den

Wahlen sowie der subjektiven Wahrnehmung der Wähler*innen abhängen (Gunderson 2022: 1328; Merten/Niedringhaus 2025: 342).

Fenzel (2018) greift in seiner vergleichenden Studie die These auf, dass Einkommensungleichheit zu einer Polarisierung der Parteien führe (ebd.: 1263). Dabei kommt er zu dem Schluss, dass außerhalb der USA das Gegenteil der Fall sei und wachsende Einkommensungleichheit zu einer Depolarisierung im Bereich wirtschaftlicher Themen führe (ebd.: 1269). **Gunderson (2022)** untersucht das selbe Thema, kommt allerdings in der Untersuchung von europäischen Wahlen zwischen 1996 und 2016 zu dem Ergebnis, dass Einkommensungleichheit dann zu Polarisierung führt, wenn die Mitgliedschaft in Parteien nach Einkommen gruppiert ist und wirtschaftliche Themen bei Wahlen im Vordergrund stehen (ebd.: 1328).

Vlaicu (2017) untersucht ebenfalls den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und **Polarisierung**, führt diesen aber auf die sinkende Partizipation und die dadurch entstehende Homogenität in Parteien und eine Auseinanderentwicklung der Parteien zurück (ebd.: 616).

Merten und Niedringhaus (2025) beschäftigen sich ebenfalls mit ökonomischer Ungleichheit und **Polarisierung** und beziehen beide Konzepte, ähnlich wie Han über die subjektive Wahrnehmung der Bürger*innen, aufeinander (ebd.: 329). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die subjektive Wahrnehmung zur Einkommensmobilität vor allem im Zusammenhang mit einer als hoch wahrgenommenen Einkommensungleichheit zum Tragen kommt und erst die Kombination beider die Polarisierung fördert (ebd.: 342).

Noch uneindeutiger sind die Ergebnisse der Studien, welche sich mit dem Einfluss ökonomischer Ungleichheit auf Populismus und mit dem Anstieg rechter Parteien auseinandersetzen:

Bergh und Kärnä (2022) untersuchen die Einflussfaktoren, welche den Aufstieg populistischer Parteien in Europa fördern (ebd.: 1719). Dazu untersuchten sie 26 europäische Länder im Zeitraum zwischen 1980 und 2018 (ebd.: 1719). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass zwischen dem Gini-Koeffizienten und Populismus (egal von welcher Seite) kein Zusammenhang besteht (ebd.: 1729). **Stoetzer et al. (2023)** untersuchen in ihrer Studie, wie steigende Einkommensungleichheit zu einer steigenden Unterstützung für populistische Parteien führt (ebd.). Dazu greifen sie die Konzepte: wirtschaftliche Unsicherheit, Vertrauen in politische Eliten, soziale Integration und nationale Identität auf (ebd.: 2). Auf Basis von acht Wellen des European Social Surveys zeigen sie, dass die Konzepte wirtschaftliche Unsicherheit, Vertrauen in politische Eliten, und nationale Identität in einem engen Zusammenhang mit steigender Einkommensungleichheit und steigender Unterstützung stehen, diesen aber nicht ausreichend erklären (ebd.: 14). Auch **Rodriguez-Pose et al. (2023)** greifen die Annahmen zu einem Zusammenhang von Ungleichheit und Populismus auf (ebd.: 955). Sie untersuchen beide genannte Arten der Ungleichheit anhand des lokalen BIP in den USA und in Europa (ebd.: 957). In den USA kann der steigende Populismus weder auf interpersonelle noch auf regionale Ungleichheit alleine zurückgeführt werden (ebd.: 951). In Zusammenhang mit der ethnischen Zusammensetzung des jeweiligen Gebiets werden sie jedoch signifikant - umso größer der

Anteil ethnischer Minderheiten in einer Region war, umso weniger wirkte sich die Ungleichheit auf die Wahl populistischer Parteien aus (ebd.: 970). In Europa erwies sich der ökonomische Rückgang als der signifikanteste Faktor, vor allem in Regionen mit einem hohen Anteil an Migrant*innen (ebd.: 970).

In Bezug auf die Polarisierung sowie auf den Aufstieg populistischer Kräfte sind die Ergebnisse gemischt; auch wenn die asymmetrische Ressourcenverteilung einen Einfluss zu haben scheint, kann sie auf Basis der einbezogenen Studien nicht als treibende oder zentrale Kraft verstanden werden.

Die dritte Ebene: Verhaltenskonsolidierung der „informellen“ Vetoakteure

Die dritte Ebene des Konsolidierungsmodells bezieht sich auf die Verhaltenskonsolidierung der „informellen“ Vetoakteure, d.h. der potentiellen politischen Akteure wie Militär, Großgrundbesitzer, Finanzkapital, Unternehmer und radikale Bewegungen (Merkel, 2010: 112). Gemeint sind alle mächtigen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure, welche über kein Verfassungsmandat zum politischen Handeln verfügen (ebd.: 122). Welche dieser Vetoakteure in einem System besonders relevant sind, kann nur fall- und kontextbezogen erhoben werden (ebd.: 112, 224). Allerdings geht undemokratisches Verhalten in Form von Einflussnahme und Korruption häufig von sozialen und wirtschaftlichen Eliten (Großgrundbesitzer, Finanzkapital, Unternehmer) aus (Kuusela/Kantola 2023: 567; Rueschemeyer et al. 1992: 270; Burton et al. 1991: 2).

Das Verhalten der „informellen“ Vetoakteure, vor allem in Bezug auf undemokratisches Verhalten wie beispielsweise Lobbyarbeit oder Korruption, ist ein naturgemäß schwer zu erforschendes Gebiet (Merkel 2003: 89, 270-271; Pázmándy 2011: 191).

Um Artikel zu finden, welche sich mit dem Einfluss einer asymmetrischen ökonomischen Ressourcenverteilung befassen und damit, wie diese sich auf die Verhaltenskonsolidierung auswirkt, wurde nach den Schlagwörtern: „Interessensgruppen“ und „Korruption“ gesucht und es konnten vier Artikel identifiziert werden, welche sich mit der für den vorliegenden Text relevanten Fragestellung auseinandersetzen:

Cole (2023) untersucht den Zusammenhang zwischen Regierungsausgaben, Interessengruppen und Einkommensungleichheit mithilfe von Panel-Techniken und -Daten (ebd.: 1138). Er kommt zu dem Ergebnis, dass eine dynamische Dreiecksbeziehung besteht, wobei die Wirksamkeit der Staatsausgaben zur Verringerung der Ungleichheit abzunehmen scheint, wenn der Einfluss von Interessengruppen und Gewerkschaften zunimmt (ebd.: 1168). Sowie, dass steigende Ausgaben den ungleichheitssteigernden Effekt der Interessengruppen verstärken und den ungleichheitsmindernden Effekt der Gewerkschaften verringern (ebd.: 1168).

Allen et al. (2026) untersuchen den Zusammenhang zwischen Demokratie und Kartellpolitik in einer länderübergreifenden Querschnittsuntersuchung (1951-2010) (ebd.). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass in Ländern mit einer geringen Ungleichheit tendenziell eine strenge Kartellpolitik eingeführt wird (ebd.). Dieses Ergebnis untermauert die These, dass eine hohe Ungleichheit die politischen Kräfte untergräbt, welche sich für eine strenge Kartellpolitik einsetzen (ebd.).

Ein ähnliches Thema behandeln **Katic und Mizruchi (2025)** in ihrer Studie. Sie fokussiert den Einfluss der Konzentration ökonomischer Macht und der Einheit der Wirtschaft auf die jeweilige Demokratie (ebd.). In einer Untersuchung von 120 Ländern zwischen 1988 und 2010 kommen sie zu Ergebnissen, welche auf einen negativen Einfluss hindeuten und auch darauf, dass potentiell politische Aktivitäten von Unternehmen hinter diesem Einfluss liegen könnten (ebd.: 26). Die Autoren betonen die Relevanz, *“die Prozesse, durch die Wirtschaftseliten die Demokratie untergraben, besser zu verstehen.”* (ebd.: 1)

Jong-sung und Khagram (2025) schließlich untersuchen die Auswirkung von Einkommensungleichheit auf Korruption (ebd.). Sie nehmen, basierend auf theoretischen Ausführungen, einen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit, der Wahrnehmung von und den Normen rund um Korruption sowie einer steigenden Korruption an und postulieren einen umgekehrten Einfluss dieser auf die Korruption (ebd.: 137–140). Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass alle erwarteten Zusammenhänge gegeben sind (ebd.: 154).

Wie bereits ausgeführt, ist das Verhalten und der Einfluss „informeller“ politischer Akteure nur schwer zu erforschen. Aus den aufgeführten Studien sollten daher keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Gleichzeitig ist hervorzuheben, dass im Rahmen der (begrenzten) Recherche für den vorliegenden Text keine Studien gefunden wurden, die den Grundthesen des Einflusses der asymmetrischen Verteilung ökonomischer Ressourcen widersprechen.

Die vierte Ebene: Bürgergesellschaft

Die Konsolidierung der vierten und letzten Ebene des Modells schließt im Sinne eines positiven Konsolidierungskonzepts den Prozess ab (Merkel, 2010: 112). Dies ist dann erreicht, wenn Demokratie von allen als *“the only game in town”* angesehen wird (Linz/Stepan 1996: 5). Dieser Prozess kann Jahrzehnte dauern, übt dann aber eine immunisierende Wirkung auf die vorangegangenen Ebenen aus (Merkel, 2010: 112). Es wird angenommen, dass eine Demokratie dann zwar nicht tatsächlich immun gegen Entdemokratisierung ist, entsprechende Prozesse aber deutlich länger brauchen, um die Demokratie zu destabilisieren (Merkel, 2010: 113).

Wenn die Konsolidierung der Bürgergesellschaft aufgelöst wird und es zu einer Dekonsolidierung kommt, dann weicht die immunisierende Wirkung auf. Dies hat laut den theoretischen Annahmen zur Folge, dass die Bürgergesellschaft weniger in der Lage ist, ad hoc Bürgerinteressen zu vertreten und sich der Beschneidung und Suspendierung institutioneller Normen sowie demokratischer Rechte und Freiheiten weniger in den Weg stellt (Merkel et al., 2003: 214, 215; Merkel, 2010: 112).

In der Fachliteratur finden sich unterschiedliche Konzepte, anhand derer die Konsolidierung der Bürgergesellschaft untersucht werden kann. Wichtige Konzepte sind beispielsweise die *Civic culture* von Almond und Verba (1963), die *civil society* und das Sozialkapital nach Putnam (1993) (Merkel et al. 2003: 216; Merkel, 2010: 124-126). Zentral sind in allen Konzepten die Einstellungen zur Demokratie, Vertrauen und politische Beteiligung (Merkel et al. 2003: 214, 217; Merkel 2010: 124-126).

In der vorliegenden Arbeit wurden in der Recherche die Schlagwörter: "Partizipation" und "Wahlbeteiligung", "Demokratiezufriedenheit", "Einstellungen gegenüber der Demokratie" und "Vertrauen" genutzt. Alle drei Konzepte spielen eine zentrale Rolle in der Konsolidierung der Bürgergesellschaft und von Vertretern der entsprechenden Annahmen wird erwartet, dass sich eine asymmetrische Ressourcenverteilung negativ auf diese auswirkt (Easton 1975: 436, 448, 449; Magalhães 2014: 78; Merkel et al., 2003: 215; Merkel 2010: 124-126; *siehe auch*: Schäfer/Schwander 2019; Han 2025; Graafland/Louis 2019).

Partizipation und Wahlbeteiligung: Die politische Partizipation spielt in einer Reihe von Konzepten, welche sich mit der demokratischen Bürgergesellschaft befassen, eine wichtige Rolle (Merkel et al., 2003: 217; Merkel 2010: 124-126). Vor allem im späteren Verlauf der Konsolidierung gilt sie als besonders relevant (ebd.: 125; Montero et al. 2008: 46).

Die Ergebnisse der Studie von **Schäfer und Schwander (2019)** bestätigen die theoretischen Annahmen, dass eine hohe Einkommensungleichheit zu einem Rückgang **politischer Partizipation** führt (ebd.: 395;). Die Autoren sehen darin eine Bestätigung der These, dass Systeme, in denen die ökonomische Ungleichheit sehr hoch ist, die Reichen weniger wählen gehen, da sie andere Wege haben, die Politik zu beeinflussen (bspw. Lobbying, Spenden und direkten Kontakt zu Politiker*innen) und die Ärmeren den Wahlen fernbleiben, da sie das Gefühl haben, ohnehin keinen Einfluss zu haben (ebd.: 396). Dies ist auch insofern relevant, als dass Parteien vor allem dann dazu motiviert sind, Politik für benachteiligte Gruppen machen, wenn sie sich daraus Wähler*innenstimmen versprechen (ebd.: 408).

Auch **Theodossiou und Zangelidis (2020)**, **Huijsmans et al. (2020)** sowie **Elsässer und Schäfer (2023)** kommen zu ähnlichen Ergebnissen und warnen ebenfalls vor einem Teufelskreis der Exklusion, bei dem eine ungleiche Wahlbeteiligung und Partizipation, ökonomische Ungleichheit fördert, welche wiederum die ungleiche Beteiligung vorantreibt: dadurch verfestigt sich die soziale Distanz zwischen ökonomischen Schichten sowie ein politischer Bias zugunsten der wohlhabenderen verhärtet (Theodossiou/Zangelidis 2020: 91; Elsässer/Schäfer 2023: 478).

Thematisch passend ist hier noch die Studie von **Schwander et al. (2020)**, kommt zu dem Ergebnis kommt, dass die Mobilisierung durch populistische Parteien den negativen Effekt der ökonomischen Ungleichheit auf die Wahlbeteiligung nicht ausgleichen kann (ebd.: 278).

Spannend in dem Kontext ist außerdem eine Studie von **Sabet (2023)**, welche die beschriebenen Zusammenhänge in die andere Richtung untersucht: Anhand einer Studie der OECD Länder zwischen 1974 und 2013 kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass eine höhere Wahlbeteiligung eine höhere Besteuerung der Bestverdienenden zur Folge hat (ebd.: 365).

Macdonald (2021) kommt in Teilen zu abweichenden Ergebnissen. Er betrachtete ebenfalls den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Wahlbeteiligung, argumentierte aber, dass dieser Zusammenhang von der Relevanz der jeweiligen Wahl abhängt (ebd.: 2). Macdonald vergleicht die Daten zu den Präsidenten- und Zwischenwahlen in den USA

(1984-2014) und kommt zu dem Ergebnis, dass steigende Einkommensungleichheit nur eine Auswirkung auf weitere hat (ebd.: 7).

In dasselbe Forschungsfeld, jedoch mit einem anderen Fokus, fällt die Studie von **Brännlund und Ahlskog (2025)**. Sie untersuchen in einer Fallstudie (Schweden) die Frage, ob individuelles Vermögen sich auf die politische Partizipation auswirkt (ebd.). Unter Einbezug einer Reihe von Kontrollvariablen kommen sie zu dem Schluss, dass *“wohlhabende Personen zwar deskriptiv häufiger wählen, ein kausaler Effekt des Wohlstands jedoch nicht nachweisbar ist und sich auf die Bürgerbeteiligung sogar negativ auswirken kann.”* (ebd.: 1).

Die überwiegende Mehrheit der einbezogenen Studien deutet jedoch auf einen Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und einer sinkenden Wahlbeteiligung und Partizipation hin.

Unterstützung für die und Einstellungen gegenüber der Demokratie: Die Einstellung spielt in den meisten Konzepten der Erfassung zur Konsolidierung der Bürgergesellschaft eine wichtige Rolle (Braun 2013: 28). Ein zentrales Konzept, welches die Relevanz der unterschiedlichen Einstellungen für die Demokratie in den Mittelpunkt stellt, stammt von Easton (1975) und unterscheidet zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung (ebd.: 436). Angenommen wird, dass nicht jede Unzufriedenheit und jeder Mangel an Unterstützung die gleiche Auswirkung auf das politische System hat (Easton 1975: 437). Es wird aber davon ausgegangen, dass zwischen beiden Formen der Unterstützung eine Wechselbeziehung besteht und auch wenn sie gegenseitig Defizite im Bereich der anderen über eine gewisse Zeit ausgleichen können, wird ein zu großer Mangel über die Zeit gefährlich für ein demokratisches System (Magalhães 2014: 78; Easton 1975: 436, 448, 449).

Die einbezogenen Studien konzentrieren sich auf unterschiedliche Aspekte und auch wenn die Ergebnisse den Grundthesen nicht direkt widersprechen, kann auch nicht von einer klaren Unterstützung gesprochen werden. Es zeichnet sich eher ein Bild ab, in dem Ungleichheit eine generelle Systemunzufriedenheit fördert:

Einen positiven Einfluss einer geringen Einkommensungleichheit in reichen Demokratien auf die Unterstützung der Demokratie weist **Andersen (2012)** in einer Untersuchung von 35 modernen Demokratien nach (ebd.: 394). Passend dazu zeigen **Han und Chang (2016)** in ihrer Studie auf, dass die **Demokratiezufriedenheit** von “Wahlgewinnern” und “-verlierern” mit steigender Einkommensungleichheit zunehmend auseinanderdriftet und weitere mit steigender Einkommensungleichheit geringere Demokratiezufriedenheit äußern (ebd.: 94).

Gestützt werden diese Ergebnisse durch eine Studie von **Han (2025)**. Er untersucht den Zusammenhang zwischen Vermögensungleichheit und der **Stabilität demokratischer Institutionen** (ebd.). Er konzentriert sich dabei auf die subjektive Wahrnehmung der eigenen Klasse und wie diese die Unterstützung für die Demokratie beeinflusst (ebd.: 1104). Die Arbeit gründet auf derselben Grundannahme wie auch die Arbeit von Rueschemeyer et al (1992), dass sich mit wachsender Ungleichheit sowohl die unteren als auch die oberen Vermögensschichten von demokratischen Institutionen und Mechanismen abwenden (ebd.:

1109-1110). Han stellt eine Korrelation zwischen den untersuchten Variablen fest, betont jedoch, dass sich daraus keine Kausalität schließen ließe (ebd.: 1120). Trotz der Grenzen seiner Studie sieht er in einer steigenden Vermögensungleichheit eine Gefahr für demokratische Werte (Han 2025: 1118).

Lee (2024) greift ebenfalls den Befund auf, dass sich ökonomische Ungleichheit negativ auf die Einstellung gegenüber der Demokratie auswirkt (ebd.). Anhand einer Analyse der Daten des WVS von 41 Demokratien zwischen 1995 und 2020 findet der Autor nur wenige Belege für einen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und der normativen Unterstützung für die Demokratie (ebd.: 12). Es zeigt sich jedoch, dass ökonomische Ungleichheit dazu führt, dass Bürger*innen in liberalen Demokratien eher zu autoritären Führern tendieren, ein Effekt, der in Wahldemokratien nicht nachgewiesen werden konnte (ebd.: 12).

Reutzel (2024) schließlich kommt in seiner Untersuchung der Transition der ehemaligen Mitgliedstaaten der Sowjetunion hin zur Demokratie zu dem Ergebnis, dass als unfair empfundene Ungleichheit die Unterstützung für das jeweilige System untergräbt, egal ob es sich dabei um eine Demokratie handelt oder nicht (ebd.: 15).

Vertrauen: Generell teilen die Ansätze und Konzepte, welche sich mit der Konsolidierung der Bürgergesellschaft auseinandersetzen, die Annahme, dass die Bevölkerungseinstellungen ein wichtiger Faktor für die Stabilität politischer Systeme sind (Braun 2013: 28). Grundsätzlich kann gesagt werden, dass Vertrauen zu den zentralen Voraussetzungen für die Entstehung einer Vielzahl von Organisationen und Institutionen gehört, aus denen sich eine moderne Demokratie zusammensetzt (Montero et al., 2008: 13). Es wird angenommen, dass sich aus einer starken, vertrauensvollen Zivilgesellschaft eine informelle Schutzfunktion individueller und kollektiver Rechte ableitet, da davon ausgegangen wird, dass je größer das Vertrauen der Bürger*innen ist, umso gewillter sie sind, auch ad hoc Bürgerinteressen zu vertreten (Merkel et al., 2003: 215).

In der Recherche wurden drei Studien gefunden, welche sich jeweils mit dem Einfluss einer subjektiven Ungleichheitswahrnehmung auf unterschiedliche Formen des Vertrauens (generelles, soziales und zwischenmenschliches) auseinandersetzen: **Hu (2017), Graafland und Lous (2019), Knell und Stix (2021)**. Alle drei Studien kommen zu dem Ergebnis, dass eine steigende, subjektiv wahrgenommene Ungleichheit das Vertrauen mindert (Hu 2017: 17, Graafland/Lous 2019: 1732; Knell/Stix 2021: 821). Die Autoren weisen auch darauf hin, dass generelle Maßstäbe für Ungleichheit (Gini Koeffizient u.a.) diese subjektive Wahrnehmung nicht erfassen und daher zur Erhebung gewisser Zusammenhänge nicht geeignet sind (ebd.: 821-822).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass zu zwei der drei in Bezug auf die Konsolidierung der Bürgergesellschaft untersuchten Aspekte eine Reihe von Studien besteht, welche die hier zugrundegelegten Annahmen eines negativen Einflusses asymmetrischer Ressourcenverteilung stärken.

Fazit und Ausblick

Wie bereits erwähnt, widmet sich der vorliegende Text einem Forschungsfeld, in dem derzeit kein Konsens besteht (Bagchi/Fagerstrom, 2023: 89, 132; Lindqvist et al., 2025: 209). Der strukturierte Überblick entlang der Ebenen des Konsolidierungsmodells hat sich aber als durchaus hilfreich erwiesen, um aufzuzeigen, dass einige Studienergebnisse dafür sprechen, dass sich eine asymmetrische Ressourcenverteilung negativ auf die Demokratie auswirkt; auch wenn sich dieser Einfluss nicht unmittelbar auf die Institutionen auswirkt, deuten die Studienergebnisse auf eine klares Potenzial zu langfristiger Destabilisierung demokratischer Systeme hin.

An dieser Stelle sollen abschließend die Aspekte hervorgehoben werden, die aus der Perspektive des Mehrebenenmodells besonders interessant erscheinen, und es soll auf spannende Themen für Folgestudien hingewiesen werden.

In Bezug auf das Parteiensystem sticht vor allem die asymmetrische Interessenrepräsentation zugunsten der wohlhabenden Bevölkerungsteile hervor (*siehe*: Gilens 2005; Wright/Rigby 2020; Lindqvist et al. 2025). In Kombination mit der doch durch eine Reihe von Studien bestätigten negativen Auswirkung einer ökonomischen Ungleichheit auf die Wahlbeteiligung und Partizipation zeichnet sich ein Bild, in dem sich die beiden Dynamiken gegenseitig auf eine dekonsolidierende Weise verstärken könnten (Theodossiou/Zangelidis 2020: 91; Elsässer/Schäfer 2023: 478). Eine solche Entwicklung würde sich in den meisten Demokratie-Messungen nicht niederschlagen, könnte aber langfristig durchaus destabilisierende und nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Demokratie haben.

Die asymmetrische Interessenvertretung stellt in der Dynamik den weniger erforschten Teil dar und es wäre spannend und aus demokratietheoretischer Perspektive wichtig, mehr über die entsprechenden Zusammenhänge zu erfahren.

Aufschlussreich wären auch weitere Studien zum Einfluss der asymmetrischen Ressourcenverteilung auf die „informellen“ Vetoakteure. Auch wenn den hier einbezogenen Studien nicht zu viel Wert beigemessen werden darf, stützen die Ergebnisse tendenziell die Grundannahme, dass ökonomische Ungleichheit sich negativ auswirkt. Das Feld stellt dementsprechend ein zwar herausforderndes, jedoch auch spannendes Forschungsfeld dar.

Aus der Perspektive eines positiven Konsolidierungsverständnisses ist nicht zuletzt die hohe Zahl der Studien, welche einen negativen Einfluss auf die demokratische Partizipation, die Wahlbeteiligung und das Vertrauen nachweisen, zu betonen. Begreifen wir eine konsolidierte Bürgergesellschaft als "Immunsystem" der Demokratie, sollte uns der Befund, dass diese durch eine tatsächliche oder subjektiv wahrgenommene ökonomische Ungleichheit geschwächt wird, vor allem in Anbetracht der wachsenden Ungleichheit, besorgt machen.

Diesbezüglich könnte ein Mehrwert darin bestehen, die Studie von Han (2025) kritisch zu untersuchen und die zugrundeliegenden Annahmen mit anderen Methoden zu überprüfen, um uns des Ausmaßes der Auswirkung, welche die wachsende Ungleichheit auf die Stabilität der Demokratie hat, besser bewusst zu werden.

Literaturverzeichnis

- Allen, Michael O./Kenneth Scheve/David Stasavage (2023): Democracy, Inequality, and Antitrust, in: SSRN Electronic Journal, [online] doi:10.2139/ssrn.4358176.
- Andersen, Robert (2012): Support for democracy in cross-national perspective: The detrimental effect of economic inequality, in: Research in Social Stratification And Mobility, Bd. 30, Nr. 4, S. 389–402, [online] doi:10.1016/j.rssm.2012.04.002.
- Azedi, Arman (2025): Which Values Distinguish Supporters of Radical Right Populist Parties From Their Rivals? Political Authoritarianism As a Key Ideological Feature, in: Political Studies, 1-27. [online] doi:10.1177/00323217241310083.
- Bagchi, Sutirtha/Matthew J. Fagerstrom (2023): Wealth inequality and democracy, in: Public Choice, Bd. 197, Nr. 1–2, S. 89–136, [online] doi:10.1007/s11127-023-01082-9.
- Bennett, W. Lance/Steven Livingston (2025): Platforms, Politics, and the Crisis of Democracy: Connective Action and the Rise of Illiberalism, in: Perspectives On Politics, 1–20, [online] doi:10.1017/s1537592724002123.
- Bergh, Andreas/Anders Kärnä (2022): Explaining the rise of populism in European democracies 1980–2018: The role of labor market institutions and inequality, in: Social Science Quarterly, Bd. 103, Nr. 7, S. 1719–1731, [online] doi:10.1111/ssqu.13227.
- Brännlund, Anton/Rafael Ahlskog (2025): Do the rich ditch politics? Evidence from Sweden, in: Electoral Studies, Bd. 96, S. 102966, [online] doi:10.1016/j.electstud.2025.102966.
- Braun, Daniela (2013): Politisches Vertrauen und neue Demokratien, in: Springer eBooks, S. 21–37, [online] doi:10.1007/978-3-658-01188-8_1.
- Burton, Michael/Richard Gunther/John Higley (1991): Introduction: elite transformations and democratic regimes, in: Cambridge University Press eBooks, S. 1–37, [online] doi:10.1017/cbo9781139173902.002.
- Cole, Ismail M. (2023): The political economy triangle of government spending, interest-group influence, and income inequality: Evidence and implications from the US states, in: Economics And Politics, Bd. 35, Nr. 3, S. 1122–1176, [online] doi:10.1111/ecpo.12253.
- Easton, David (1975): A Re-assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal Of Political Science, Bd. 5, Nr. 4, S. 435–457, [online] doi:10.1017/s0007123400008309.
- Elsässer, Lea/Armin Schäfer (2023): Political inequality in rich democracies, in: Annual Review Of Political Science, Bd. 26, Nr. 1, S. 469–487, [online] doi:10.1146/annurev-polisci-052521-094617.
- Fenzl, Michele (2018): Income inequality and party (de)polarisation, in: West European Politics, Bd. 41, Nr. 6, S. 1262–1281, [online] doi:10.1080/01402382.2018.1436321.
- Gilens, Martin (2005): Inequality and Democratic Responsiveness, in: Public Opinion Quarterly, Bd. 69, Nr. 5, S. 778–796, [online] doi:10.1093/poq/nfi058.

Graafland, Johan/Bjorn Lous (2018): Income Inequality, Life Satisfaction Inequality and Trust: A Cross Country Panel Analysis, in: *Journal Of Happiness Studies*, Bd. 20, Nr. 6, S. 1717–1737, [online] doi:10.1007/s10902-018-0021-0.

Gunderson, Jacob R. (2021): When does income inequality cause polarization?, in: *British Journal Of Political Science*, Bd. 52, Nr. 3, S. 1315–1332, [online] doi:10.1017/s0007123421000053.

Han, Seungwoo (2025): The erosion of democracy in an age of wealth inequality: Unravelling the impact of subjective socioeconomic stratification, in: *The British Journal Of Politics And International Relations*, [online] doi:10.1177/13691481241287184.

Han, Sung Min/Eric C.C. Chang (2016): Economic inequality, winner-loser gap, and satisfaction with democracy, in: *Electoral Studies*, Bd. 44, S. 85–97, [online] doi:10.1016/j.electstud.2016.08.006.

Houle, Christian (2009): Inequality and Democracy: Why Inequality Harms Consolidation but Does Not Affect Democratization, in: *World Politics*, Bd. 61, Nr. 4, S. 589–622, [online] doi:10.1017/s0043887109990074.

Houle, Christian (2018): Does economic inequality breed political inequality?, in: *Democratization*, Bd. 25, Nr. 8, S. 1500–1518, [online] doi:10.1080/13510347.2018.1487405.

Houle, Christian (2024): Inequality and autocratization, in: *Routledge eBooks*, S. 94–107, [online] doi:10.4324/9781003306900-9.

Hu, Anning (2017): On the relationship between subjective inequality and generalized trust, in: *Research in Social Stratification And Mobility*, Bd. 49, S. 11–19, [online] doi:10.1016/j.rssm.2017.03.003.

Huijsmans, Twan/Arieke J. Rijken/Teodora Gaidyte (2020): The Income Gap in Voting: Moderating Effects of Income Inequality and Clientelism, in: *Political Behavior*, Bd. 44, Nr. 3, S. 1203–1223, [online] doi:10.1007/s11109-020-09652-z.

Jong-Sung, You/Sanjeev Khagram (2005): A Comparative Study of Inequality and Corruption, in: *American Sociological Review*, Bd. 70, Nr. 1, S. 136–157, [online] doi:10.1177/000312240507000107.

Katic, Ivana V./Mark S. Mizruchi (2025): Enemy of the (democratic) state: the relation between the concentration of economic power and democracy, in: *Business And Politics*, S. 1–51, [online] doi:10.1017/bap.2025.5.

Kehrberg, Jason E (2014): The demand side of support for radical right parties, in: *Comparative European Politics*, Bd. 13, Nr. 5, 553–576, [online] doi:10.1057/cep.2014.6.

Knell, Markus/Helmut Stix (2021): Inequality, perception biases and trust, in: *The Journal Of Economic Inequality*, Bd. 19, Nr. 4, S. 801–824, [online] doi:10.1007/s10888-021-09490-x.

Kraus, Peter A. (1999): Assoziationen und Interessenrepräsentation in neuen Demokratien, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Systemwechsel 4, Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*, Opladen: Leske + Budrich, S.23-44.

Kuusela, Hanna/Anu Kantola (2023): Unpolitical solutionism: Wealth elite sentiments against democracy and politics, in: *British Journal Of Sociology*, Bd. 74, Nr. 4, S. 566–580, [online] doi:10.1111/1468-4446.13043.

Lee, Sang Kyung (2024): Inequality and the eroding base of liberal democracy, in: *Social Science Research*, Bd. 124, S. 103087, [online] doi:10.1016/j.ssresearch.2024.103087.

Lindqvist, Jesper/Mikael Persson/Wouter Schakel/Anders Sundell (2025): Poor choices? Examining the electoral connection behind unequal policy representation, in: *European Journal Of Political Research*, [online] doi:10.1111/1475-6765.70015.

Linz, Juan J./Alfred C. Stepan (1996): *Problems of democratic transition and consolidation : southern Europe, South America, and post-communist Europe*. Baltimore : Johns Hopkins University Press.

Macdonald, David (2021): When does inequality demobilize? New evidence from the American states, in: *Electoral Studies*, Bd. 70, S. 102282, [online] doi:10.1016/j.electstud.2021.102282.

Magalhães, Pedro C. (2014): Government effectiveness and support for democracy, in: *European Journal Of Political Research*, Bd. 53, Nr. 1, S. 77–97, [online] doi:10.1111/1475-6765.12024.

Mainwaring, Scott (2018): *Party Systems in Latin America: Institutionalization, Decay, and Collapse*. Cambridge: Cambridge University Press.

Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation, Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Merkel, Wolfgang/ Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant, Claudia Eicher, Peter Thiery (2003): *Defekte Demokratien, Band 1: Theorie*, Opladen: Leske Budrich.

Merkel, Wolfgang/Kilian Lüders (2020): Die USA: eine defekte Demokratie?, in: *Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG eBooks*, 85–98, [online] doi:10.5771/9783845294292-85.

Merten, Lion/Jana Niedringhaus (2024): When perception shapes reality: Effects of perceived income inequality and social mobility on affective polarization, in: *The Journal Of Economic Inequality*, [online] doi:10.1007/s10888-024-09641-w.

Montero, José Ramón/Sonja Zmerli/Ken Newton (2008): Confianza social, confianza política y satisfacción con la democracia. (Social Trust, Political Confidence, and Satisfaction with Democracy), in: *Revista Española De Investigaciones Sociológicas*, Nr. 122, S. 11-54, [online] doi:10.2307/40184879.

Muller, Edward N. (1995): Economic Determinants of Democracy, in: *American Sociological Review*, Bd. 60, Nr. 6, S. 966, [online] doi:10.2307/2096435.

Pázmándy, Matthias (2011): Erlebte Korruption als Korruptionsindikator – Neue Chancen für die Messung von Korruption am Beispiel europäischer Erhebungen, in: Lukas Achathaler, Domenica Hofmann, Matthias Pázmándy (Hrsg.): *Korruptionsbekämpfung als globale Herausforderung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 191–201.

Rau, Eli G./Susan Stokes (2024): Income inequality and the erosion of democracy in the twenty-first century, in: *Proceedings Of The National Academy Of Sciences*, Bd. 122, Nr. 1, [online] doi:10.1073/pnas.2422543121.

Reutzel, Fabian (2024): The grass is always greener on the other side: (Unfair) inequality and support for democracy, in: *European Journal Of Political Economy*, Bd. 85, S. 102600, [online] doi:10.1016/j.ejpoleco.2024.102600.

Rodríguez-Pose, Andrés/Javier Terrero-Dávila/Neil Lee (2023): Left-behind versus unequal places: interpersonal inequality, economic decline and the rise of populism in the USA and Europe, in: *Journal Of Economic Geography*, Bd. 23, Nr. 5, S. 951–977, [online] doi:10.1093/jeg/lbad005.

Rueschemeyer, Dietrich/Evelyn Huber Stephens/ John D. Stephens (1992): *Capitalist Development & Democracy*, Chicago: University of Chicago Press.

Sabet, Navid (2023): Turning out for redistribution: the effect of voter turnout on top marginal tax rates, in: *Public Choice*, Bd. 194, Nr. 3–4, S. 347–367, [online] doi:10.1007/s11127-022-01036-7.

Schäfer, Armin/Hanna Schwander (2019): ‘Don’t play if you can’t win’: does economic inequality undermine political equality?, in: *European Political Science Review*, Bd. 11, Nr. 3, S. 395–413, [online] doi:10.1017/s1755773919000201.

Scharpf, Fritz W. (2000): *Interaktionsformen : akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Opladen: Leske & Budrich.

Schwander, Hanna/Dominic Gohla/Armin Schäfer (2020): Fighting Fire with Fire? Inequality, Populism and Voter Turnout, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 61, Nr. 2, S. 261–283, [online] doi:10.1007/s11615-020-00247-1.

Stoetzer, Lukas F./Johannes Giesecke/Heike Klüver (2021): How does income inequality affect the support for populist parties?, in: *Journal Of European Public Policy*, Bd. 30, Nr. 1, S. 1–20, [online] doi:10.1080/13501763.2021.1981981.

Theodossiou, Ioannis/Alexandros Zangelidis (2018): Inequality and Participative Democracy: A Self-Reinforcing Mechanism, in: *Review Of Income And Wealth*, Bd. 66, Nr. 1, S. 74–93, [online] doi:10.1111/roiw.12401.

Vanhanen, Tatu (1989): The Level of Democratization Related to Socioeconomic Variables in 147 States in 1980-85, in: *Scandinavian Political Studies*, Bd. 12, Nr. 2, S. 95–127, [online] doi:10.1111/j.1467-9477.1989.tb00084.x.

Vlaicu, Razvan (2017): Inequality, participation, and polarization, in: *Social Choice And Welfare*, Bd. 50, Nr. 4, S. 597–624, [online] doi:10.1007/s00355-017-1098-9.

Vrakopoulos, Christos (2021): Political and ideological normalization: quality of government, mainstream-right ideological positions and extreme-right support, in: *European Political Science Review*, Bd. 14, Nr. 1, 56–73, [online] doi:10.1017/s1755773921000308.

Weltbank (o.D.): Gini Index [online]

<https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI?end=2023&locations=PE&start=2001&view=chart> (letzter Zugriff: 07.10.2025).

Wright, Gerald C./Elizabeth Rigby (2020): Income Inequality and State Parties: Who Gets Represented?, in: *State Politics & Policy Quarterly*, Bd. 20, Nr. 4, S. 395–415, [online]

doi:10.1177/1532440020912461.